

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker, Konditoren, Lebkübler u. der Arbeiterchaft in der Süßwaren-, Keks-, Marmeladen- u. Teigwarenindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 3

Erscheint jeden Mittwoch
Redaktionsschluss Sonnabend nachm. 3 Uhr

Insertionspreis pro dreigeteilten Folienseite Mk. 1, für die Zählfelder 30 Pf.

Unsere Lohnkämpfe im ersten Halbjahr.

Es könnte nicht besser der Beweis erbracht werden, als durch die Ergebnisse der Lohnkämpfe im ersten Halbjahr, daß diesen Kollegen, welche immer noch mit dem Märchen hausieren gehen, unsere Organisation habe während des Krieges von dem Charakter des Klassenkampfes eingebüßt und sei nun auf der schießen Ebene angelangt mit dem Unternehmertum zu paktieren, sich gründlich im Irrtum befinden. Die Organisation kann keine Zeit aufweisen, wo innerhalb weniger Monate diese gewaltige Erfolge bei den Lohnkämpfen zu verzeichnen wären, als in den ersten 6 Monaten dieses Jahres. Diese Tatsachen zeigen alles andere, nur nicht, daß wir von unsern alten Grundsätzen des Klassenkampfes abgewichen sind. Sie bestätigen noch viel mehr und beweisen, daß die eingeschlagene Taktik des Verbandsvorstandes richtig und im Interesse der Berufsangehörigen gelegen ist.

Die letzten Monate des Vorjahres wirkten durch die revolutionäre Umwälzung beträchtend auf den Tatendrang unserer Mitglieder. Die Jahre hindurch im Fesseln gelegene Kollegenschaft stürzte unaufhaltsam nach vorwärts. Das Werk, das im Vorjahr zur Besserungsfeststellung der so tieftraurigen Lohns- und Arbeitsbedingungen begonnen wurde, konnte im ersten Halbjahr erfolgreich fortgesetzt werden. Innerhalb dieser Zeit ist es gelungen

bei 334 Lohnbewegungen 224 Tarife zum Abschluß zu bringen.

Darunter sind die beiden Reichstarife für die Beschäftigten in der Süß- und Teigwarenindustrie, ein Landestarif für das gesamte Bäckergewerbe in Baden, ein Landestarif für die Konditoren in Sachsen-Altenburg, ein Bezirkstarif für die Teig- und Süßwarenindustrie mit dem Unternehmerverband in Herzberg sowie die Verträge, die mit den Intendanturen in Württemberg und im 7., 9. und 10. preußischen Armeekorps für die Beschäftigten in den dortigen Militärbäckereien abgeschlossen wurden.

Recht lebhaft kamen auch die Lohnbewegungen in den Konditoreien zur Geltung. Durch den Anschluß der Gehilfenvereine in fast allen Großstädten folgten Lohn- und Tarifbewegungen auch in diesem Gewerbe auf dem Fuße. Lange Jahre hindurch leuchtete als einziger Tarifvertrag in den Konditoreien der Abschluß in München wie eine Oase aus der Wüste hervor. Nun ist es anders geworden. Dem Beispiel der Münchener Kollegen ist die Gehilfenchaft in vielen Städten gefolgt. Nun mehr bestehen Tarife in Berlin, Hamburg, Leipzig, Dresden, Breslau, Stettin, Kiel, Bremen, Essen a. d. R., Elberfeld, Chemnitz, Pforzheim sowie ein Landestarif für Sachsen-Altenburg. In einer ganzen Reihe von Orten stehen die Unterhandlungen vor dem Abschluß. Wenn so weiter gearbeitet wird, dann können wir jetzt schon behaupten, daß bis Jahresende in sämtlichen Großstädten die Konditoren unter tariflichen Bestimmungen beschäftigt werden.

Die Süß- und Teigwarenindustrie wurde soweit in das Vertragsverhältnis einbezogen, als die Firmen dem Bunde angeschlossen sind. Hier unterstehen die Beschäftigten den reichstariflichen Bestimmungen. Es ist uns aber auch bei einer Anzahl Nichtbundessfirmen gelungen, in Sonderverträgen die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu regeln.

In 109 Fällen wurden bei den Bewegungen Erneuerungen oder Verbesserungen der in den bestehenden Tarifen vorhandenen Lohnsätze durchgeführt. In 18 Fällen konnte keine Verständigung erfolgen, es mußte durch Streiks die Anerkennung der Forderungen durchgesetzt werden.

Der Inhalt der Tarife zeigt noch nichts Einheitliches. Bezuglich der Arbeitszeit muß unser Bestreben dahin gerichtet sein, daß innerhalb der gesetzlich zulässigen Arbeitszeit eine angemessene Pause gelegt wird. Auch muß es unsere Aufgabe werden, an den Sonnabenden (Samstagen) und Vorabenden

der Feste eine kürzere Arbeitszeit festzusetzen als an den übrigen Werktagen. Bei den Löhnen werden wir weder in einem Reichstarif, noch in den Bezirks- oder Ortstarifen einheitliche Sätze festlegen können. Hier spielen die wirtschaftlichen Verhältnisse das ausschlaggebende Moment, desgleichen auch die Leistungen des Einzelnen, sodass Abstufungen nicht zu vermeiden sein werden. Insosfern besteht jedoch die Notwendigkeit eines einheitlichen Vorgehens, als für die gleiche Arbeit gleicher Lohn festgesetzt werden muß. Es darf nicht angehen, daß Arbeiterinnen, die Männerarbeit verrichten, niedrigere Löhne erhalten sollen, als die Arbeiter bei gleicher Leistung. Bei der Beschäftigung von jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen, wie auch der Lehrlinge müssen Normen geschaffen werden, die es nicht mehr denjenigen Unternehmern ermöglichen Riesenprofite einzuholen, die nur die Jugendlichen ausbeuten. Es muß Grundsatz unserer Organisation werden: Nur in solchen Betrieben, wo erwachsene Arbeitskräfte beschäftigt werden, dürfen Jugendliche und Lehrlinge in Frage kommen. Für diese muß auch in den Tarifen die Entschädigung geregelt sein.

Wir sehen ferner in den Tarifen, daß vielfach noch keine Bestimmungen über die Ferien und der Bezahlung des Lohnes bei Krankheiten festgesetzt sind. Als Mindestforderungen müssen hier gelten die mit den Genossenschaften getroffenen Vereinbarungen. Der Arbeiter und die Arbeiterin haben ein Recht auf Ferien. Niemand wird ihnen das ablehnen können. Die Durchführbarkeit ist überall möglich. Mit dem gleichen Recht muß aber die Bezahlung des Lohnes bei Krankheiten gesordnet werden. Der Arbeiter verfügt über keine Mittel, um sich in solchen Zeiten über Wasser zu halten.

Dann vermissen wir in allen Verträgen Bestimmungen über die Aufgaben der Betriebsräte. In andern Organisationen ist man in dieser Beziehung schon viel weiter. Wenn aber unsere Mitglieder meinen, es genüge schon, daß in den Versammlungen darüber geredet und in kräftigen Worten dem Unwillen Ausdruck verliehen wird, weil der Verbandsvorstand noch nicht überall die Betriebsräte durchgeführt hat, dann hauen sie gründlich daneben. Die praktische Durchführung dieser überaus wichtigen Errungenschaft der Revolution muß von den Mitgliedern mit Unterstützung der Organisation erfolgen.

Schon diese kleine Auslese zeigt uns, welch weiter Weg noch zu unserm Ziele beschritten werden muß. Daß es hierbei vielen zu langsam geht, verstehen auch wir. Die Stürmer vergessen jedoch daß eine, daß bei unserm Vormarsch recht viele und große Hindernisse erst beseitigt werden müssen. Die Pioniere, die bei der Freihaltung des Weges voraus-eilen, können die Riesenarbeit beim Wegräumen der Hindernisse nicht so rasch bewältigen, wie die Nachstürmenden gerne wünschen. Darum mehr Pioniere an die praktische Arbeit, um so kleiner wird die Schar der Nörgler und Schreier, die ihre Hände in den Taschen behalten und sich um die Arbeiten nicht kümmern. Aber auch um so rascher und weiter können wir in unserm Vormarsch ausbreiten, wenn die Ebnung des Weges glatt vor sich geht.

Die Fortschritte unserer Arbeiten hängen von der Stärke des Verbandes ab. Waren wir ein kleines Häuslein wie vor der Revolution geblieben, dann könnten wir heute mit diesem Ergebnis nicht antreten. So haben wir uns zu einem Macht-faktor entwickelt, mit dem die Unternehmer heute rechnen müssen ob sie wollen oder nicht. Unsere zukünftigen Fortschritte hängen mit der Machtverweiterung der Organisation zusammen. Darum bleibt uns nichts anderes übrig, wenn wir die Kollegen vorwärts und aufwärts führen wollen, als den Verband zu stärken, ihn so auszubauen, daß alle Berufsan gehörigen gewerkschaftlich organisiert sind. Seien wir uns dessen bewußt, daß wir schweren Zeiten entgegehen! Sie sollen uns gerüstet finden!

Zur Errichtung einer Arbeitsgemeinschaft für das Bäcker- und Konditorgewerbe.

Mit Genugtuung berichtet der Hauptvorstand in Nr. 28, daß das, was man vor Jahresfrist noch für unmöglich gehalten hätte, gelungen sei. Die Arbeitsgemeinschaft in der Nahrungsmittel- und Genussmittelindustrie hätte sich konstituiert, und unsere Organisation käme für Gruppe 5 und 10 der Arbeitsgemeinschaft in Frage. Es ist sogar schon praktische Arbeit geleistet, indem Entwürfe für die Satzungen ausgearbeitet wurden. So werden dann wohl bald die goldenen Seiten für das ehrende Bäcker- und Konditorgewerbe einfahren; denn die Haupttribüne der Arbeitsgemeinschaft ist, nach dem Artikel des Hauptvorstandes, das Zusammenwirken aller wirtschaftlichen Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bei dem Wiederaufbau des arg daneher liegenden Gewerbes.

Weitere, nach Ansicht des Hauptvorstandes nur durch die Arbeitsgemeinschaft zu lösende Fragen sind die Regelung des Lehrlingswesens sowie die Einstellung der arbeitslosen Kollegen. Daß auch die Regelung der Arbeitsbedingungen durch Kollektivverträge als eine der wichtigsten Aufgaben der Arbeitsgemeinschaft bezeichnet wird, ist selbstverständlich. Im Schlusshaus wird nun zugegeben, daß die Kollegen im Lande nicht überall mit der Errichtung der Arbeitsgemeinschaft einverstanden wären. Es heißt da: Unsere Verbandsvertreter können in der Arbeitsgemeinschaft nur nach dem Grundsatz handeln, daß sie die Ansicht der Verbandsmitglieder vertreten und sich für ihre Verwirklichung einsetzen. Sollten uns Bestimmungen aufgestellt werden, die gegen unsere Grundsätze verstößen, so wird noch so viel Vertrauen in der Kollegenschaft zu ihren Vertretern fein, daß diese darauf nicht eingehen werden.

Diese Ansichten des Hauptvorstandes dürfen nicht unwiderrücklich bleiben. Daß das Vertrauen zu den Gewerkschaftsführern durch die gewerkschaftliche Tätigkeit in den letzten Jahren einen bedenklichen Stoß erlitten hat, ja, daß das Vertrauen zu den Gewerkschaftsführern einer ganz entgegengesetzten Auffassung bei einer großen Anzahl von Mitgliedern Platz gemacht hat, darf ich wohl als eine feststehende Tatsache hinstellen, von der auch die Gewerkschaftsführer überzeugt sein werden. Und ebenso fest steht auch, daß gerade das Eintreten der Gewerkschaftsführer für die Arbeitsgemeinschaften ein Hauptgrund ist, der zu diesen bedauerlichen Feststellungen geführt hat.

Der große Teil der Kollegen kann es eben nicht begreifen, wie die Führer auf Geheiß der Generalkommission über die Köpfe der Mitglieder hinweg Arbeitsgemeinschaften mit einem Unternehmertum bilden, das nicht aus eigenem Triebe, sondern nur dem Zwange der Not gehorchen, sich dazu herbeischafft, etwas von ihrem bisherigen Herr-im-Hause-Standpunkt abzurücken. Nach den Ausführungen des Geschäftsführers des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustriellen Dr. Reichert war es nur die Angst vor dem durch die Revolution drohenden Sozialisierung, nach Verbündeten zu suchen, und diese fand das Unternehmertum in den Gewerkschaften. Das Verhalten der Generalkommission und der Centralverbände während des Krieges, die Zustimmung derselben zum Würzburger, zum Hilfsdienstgesetz und anderes mehr zeigten ja zur Genüge, wohin der Kurs der Gewerkschaftsführer ging, und aus all den Erwägungen entstanden die Arbeitsgemeinschaften. Die Massen aber lehnen es ab, mit wirtschaftsfriedlichen Vereinen auf eine Stufe gestellt zu werden. Es gilt nicht den Wiederaufbau des Gewerbes, es gilt nicht, den Kapitalismus wieder aufzubauen und zu stärken, sondern die Massen wollen den Auf- und Ausbau des Sozialismus, und der ist nicht durchzuführen gemeinsam mit dem Unternehmertum in Arbeitsgemeinschaften, sondern der ist nur durchzuführen, wenn die Arbeiterschaft die Geschäfte in die eigene Hand nimmt, in dem Aufbau der Arbeitertruppe. Das Werk der Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein, heißt es im kommunistischen Manifest, und die einzelnen Verhältnisse nach dem 9. November bestätigen die Wahtheit dieses Wortes täglich auf's neue.

Was ist nach alledem notwendig? Gleich der Zahlstelle Berlin forderten eine größere Anzahl Zahlstellen in ihren Generalversammlungen die sofortige Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung des Verbandes. Die Erkenntnis ist überall durchgedrungen, daß es so wie bisher nicht weitergehen darf, die Kollegen haben auf den deutlich gelernt und wollen bei der Zeitung ihrer Ge-

säufe selbst mittraten und den Kurs bestimmen, den der Hauptvorstand einzuhängen hat.

Das Statut des Verbandes gibt dem Hauptvorstand das Recht, die Barberatung von allgemeinen Lohnbewegungen und Tarifverträgen (Fleisch- oder Landesfeste) vorzunehmen; aber nirgends ist ihm das Recht gegeben, aus eigenem Machtgefühl, ohne Zustimmung einer Generalversammlung, Verträge wie die Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum abzuschließen.

Es ist notwendig, daß die Kollegen ganz Deutschlands zu dieser Frage sofort Stellung nehmen und gegen das Vorgehen des Hauptvorstandes protestieren.

M. Riegel

Inr Sozialisierung der Bäckereien.

Ich glaube, die Bäckerei sieht sich am leichtesten sozialisieren, ohne daß wir befürchten müßten, einen Fehlschlag zu tun. Meine Gründe sind folgende: 1. Produktion und Konsum sind räumlich dicht beieinander, 2. es ist immer ein gesicherter und geregelter Absatz der Produkte vorhanden, und 3. weil die Konsumtoren im verstärkten Maße ein Interesse an der Sozialisierung haben durch die mannigfältigen Vorteile, die diese Umwandlung bringen würde. Aber ich stelle mir die Sache immer noch nicht so leicht vor, wie der Kollege Sollbrig. Ich halte es für richtig, wenn wir vorläufig zur Kommunalisierung übergehen. Es wäre jedenfalls die leichteste Übergangsart zur Sozialisierung. Wir müssen das zu erreichen trachten, was zum Vorteil der Allgemeinheit ist. Wir wollen nicht deshalb sozialisieren, weil wir Sozialdemokraten sind, sondern weil wir so billiger und besser produzieren können, und dadurch der Allgemeinheit Vorteile errungen werden, die sonst der Kapitalist einstreicht. Wir haben Städte, die über genügend Großbetriebe verfügen, um sämtliche Konsumtoren zu versorgen. Durch einige technische Verbesserungen könnte eventuell die Leistungsfähigkeit genügend gehoben werden. Ich sehe aber auch Städte in Mitteldeutschland, die keinen einzigen Großbetrieb aufweisen, der den Ansprüchen genügen würde. Dort würde es nicht gelingen, die fehlenden Großbetriebe in nächster Zeit zu schaffen. Wie stellt sich Kollege Sollbrig die Sache in großen ländlichen Bezirken vor? Es ist unmöglich, daß die Städte auf einmal die Brotversorgung auf dem Lande mit übernehmen können. Gehen wir also vorläufig zur Kommunalisierung über, so liegen in dieser Hinsicht keine Schwierigkeiten vor. kleinere Dörfer könnten sich zusammenfinden, größere die Bäckereien zusammenlegen. Städte könnten die gesündeten und größten Bäckereien mit verhältnismäßig wenig Kosten in leistungsfähige Bäckereien umwandeln. In kurzen Jahren wären wir soweit, daß wir ohne Gefahr und mit Vorteil zur Sozialisierung übergehen könnten. Die überzeugenden Lehrlinge in andern Berufen zu ziehen, geht wohl doch nicht so einfach, denn es gibt wenige Berufe, die damit nicht überfüllt wären. Eine ganze Reihe Bäckermeister könne wohl durch den Verkauf der Produkte der Großbetriebe eine Existenz erhalten. Ob ohne Entschädigung sozialisiert werden soll, will ich heute nicht diskutieren. Also Kollege Sollbrig, mit dem Kopf durch die Wand rennen, ist gefährlich. Erstens für die Sozialisierung und zweitens für unsre - Kollegen. Ich bemerke nochmals, daß ich die Kommunalisierung nur als Staffel zur vollständigen Sozialisierung anschaue, und rede der Sache deshalb ein Wort, weil ich dieselbe als wirklich und sofort durchführbar betrachte. Das Wort Sozialisieren wird heute schon viel als Phrase benutzt, wie viele andere politische Ideale.

Hermann Nolte, Hanau.

*

Die Kriegszeit hat uns gelehrt, daß das Bäckerhandwerk zur Sozialisierung reif ist. So leicht helle ich mit die Sache aber nicht vor wie Kollege Sollbrig. Wir können dazu jetzt noch nicht übergehen, weil uns die Mittel fehlen. Sicher wird bei einem dementsprechenden Antrag der Reichsregierung die bürgerliche Mehrheit dagegen sich ausschließen und stimmen. Solange daß Proletariat nicht die politische und wirtschaftliche Macht an sich gerissen hat, wird nicht viel herausbringen. Selbstverständlich dürfen dann nur die modernsten Großbäckereien bestehen bleiben, und alle Zwergbetriebe müssen geschlossen werden. Da ich aber in den Großbäckereien ein höheres Brogramm pro Mann und Schicht ergit, dürfen viele Gehilfen überflüssig oder es muß die Arbeitszeit bedeutend verlängert werden. Eine Vereinigung der Bäckereien würde ebenfalls förmlich. Mit dem Vorwurf, den Meistern der Bröderfamilie zu übertragen, kann ich mich nicht einverstanden erklären aus dem Grunde, weil dann diese Leute ein schwächeres und besseres Teile führen würden als heute. Diese Befürchtungen den kriegsbeschädigten Betriebsangehörigen, ob Meister oder Gehilfe, übertragen werden oder älteren Meistern und Gehilfen, etwa über 50 Jahre alt. Als dazu geeignete Betriebsvereinigungen können die bestehenden Bäckereien verwandelt werden. Es würde sich auch empfehlen, bei den Betriebsgesellen die vorhandenen Bäckereien an einen bestimmten Zweck zu legen oder sie nach Bedarf in Berlin zu legen, um den Konkurrenten das Nachsehen zu erschließen. Die vorhandenen Lehrlinge kommen nicht in eine weitere ehemalige Berufe überzugehen. Deshalb müssen wir bereits heute alles daran setzen, die Lehrlingszahl allmählich zu begrenzen, daß Bäckereien ohne Gehilfen keine Erfahrung halten dürfen und nicht als ein Betrieb irgendwo vorhanden sein darf. Unter Betrieb soll der erste, wo der Staatssozialismus angewendet wurde, und die Bevölkerung hat sich mit dieser Zeitschule so gernlich abgestanden. Wenn Fragen laut würden, so lag das nicht in der Mutter, sondern in der Nachkriegs- und Unionszeit. Seit dieser bereits gute Untersagen, auf welchen wir weiterzutun haben. Auch wenn die Arbeiterschaft keine solche Mittel in Händen hätte, so würden wir uns ferner darüber streiten, daß die Sozialisierung nicht von hier aus vorgenommen werden kann, denn dies brachte keine Zeit. Zeit in den meisten Großbetrieben hätte die nötigen Erfahrungen. Es wird auch oft gezeigt, die Arbeiterschaft kann die Betriebe nicht geben in die Hand nehmen, weil ihnen die notwendigerweise größeren Summen fehlen. Das trifft in unsern Betriebe nicht zu, hier ist das Gegenteil davon wahr, denn die kapitalistischen Großbetriebe können nicht die sozialistische Führung der Sache in den Händen haben, aber auch die technische, die liegt immer in den Händen von Unternehmen. Daher wenn in nächster Zeit die Sozialisierung in Augriff genommen

werden sollte, was ich bezweifle, werden noch Jahre vergehen, bis alles restlos durchgeführt ist. Bis jetzt haben noch keine Beratungen darüber stattgefunden. Es werden Monate, ja vielleicht Jahre notwendig sein, um das Beste zu finden. Sozialisiert muss werden ohne Entschädigung.

Anton Wohlmayer, Wiesbaden.

Ein Gewerbeinspektor wie er nicht sein sollte.

Der Gewerbeinspektor Winkler in Sachsen-Meiningen scheint sich auch im neuen Deutschland noch nicht zurecht zu finden, sonst könnte er nicht nachstehendes Schreiben auf unsere Beschwerden wegen der Nichteinhaltung der gesetzlichen Arbeitszeit bei den Lehrlingen an unseren Bäckereien-Vorsitzenden in Saalfeld richten:

Die angestellten Ermittlungen haben ergeben, daß allerdings Lehrlinge von Bäckereimeistern über 8 Stunden beschäftigt worden sind, jedoch nicht mit Berufsarbeit, sondern mit solchen Arbeiten, denen sich jeder Lehrling, gegebenenfalls hin und wieder unterziehen muß. Ich habe trotzdem ich diese Art der Beschäftigung für die Lehrlinge nicht als nachteilig anzusehen vermögen, den Obermeister veranlaßt, bei den Innungsmitgliedern darauf zu sehen, daß Überarbeitsungen der Lehrlinge nicht geduldet werden. Anderseits ist es aber nicht angängig, daß die Lehrlinge in den Verband eintreten beziehungsweise dazu aufgefordert werden. Nach § 5 des Lehrvertrages ist das unzulässig und der Meister berechtigt, den Vertrag aufzuheben, wenn der Lehrling in einen Verein oder Verband eintritt.

Fürchte Sie daher, die von Ihnen in den Verband aufgenommenen Lehrlinge sofort wieder zu entlassen und unter den Lehrlingen nicht weiter für den Eintritt in den Verband zu agitieren.

Dieses Schreiben ist sehr bezeichnend für die amtliche Tätigkeit dieses Herrn. Man kann sich daher einen Begriff machen, wie es bei ihm während der Kaiserlichen Regierung bestellt sein mußte. Der Gewerbeinspektor ist nach unserer Auffassung die denkbare ungeeignete Person, dafür zu sorgen, daß die Arbeiterschutzbefreiungen eingehalten werden. Würde ihm damit ernst sein, dann hätte er, nachdem seine Ermittlungen die Beschwerden bestätigen, die Gesetzesverächter zur Abzeige bringen müssen, denn in der Verordnung über die Arbeitszeit in den Bäckereien und Konditoreien steht kein Wort, daß die Lehrlinge außer der schriftlichen Berufsstätigkeit noch mit andern Arbeiten beschäftigt werden dürfen. Statt nun dafür zu sorgen, daß die Verordnung nicht übertritten wird, machte er den Vort zum Götter und veranlaßte den Obermeister der Bäckerei, bei seinen Mitgliedern darauf zu achten, daß Überarbeitsungen der Lehrlinge nicht geduldet werden. Der Aufsichtsbeamte konnte sich nicht einmal dazu aufzwingen, den Bäckermeistern die Überarbeit bei den Lehrlingen zu verbieten.

So lag hier gehandelt wurde, um so eifriger glaubte sich der Herr berechnen zu müssen und uns zu verbieten, daß Lehrlinge Mitglieder im Verband sein dürfen. Das Recht, die Lehrlinge zu organisieren und sie vor der Ausbeutung zu schützen, haben wir uns unter der Kaiserlichen Regierung der Junker und Scharfmacher nicht nehmen lassen und jetzt erst recht nicht. Wir werden schon dafür sorgen, daß die Lehrverträge geändert und die Bestimmungen der neuen Zeit angepaßt werden.

Schiedsspruch im Hamburger Konditorengewerbe.

Durch die gewaltige Steigerung aller Lebensmittel waren die Kollegen in den Konditoreien, Kaffees, Restaurants und Hotels gezwungen, den am 8. April dieses Jahres vereinbarten Tarif am 1. Juni zu kündigen. Der Verein der Selbständigen scheint aber noch zu sehr in der alten Zeit zu leben, sonst würde er nicht in einem Schreiben an die Organisation erklärt haben, daß er bereit sei, mit einer Kommission zu handeln, deren Vertreter nur in den reinen Konditoreien beschäftigt sind. Die Kollegen hatten recht, wenn sie sich ebensoviel Vorschriften machen ließen als die Unternehmer, und diesen vorgeschrieben würde, welche Herren in der Verhandlungskommission sein dürfen. Sie lehnen das Ansuchen ab und überwiegen die Angelegenheit zur Entscheidung dem Schlichtungsausschuß zu Hamburg. Am 25. Juli wurde nach fünfjähriger Beratung ein Schiedsspruch gefällt, nach welchem der Meisterlohn wöchentlich für die jungen Gehilfen in den ersten zwei Jahren nach der Lehre M. 115 und für alle übrigen M. 125 beträgt. Die Überstunde soll mit M. 3 und die Sonntagsarbeit, soweit eine solche überhaupt zulässig ist, mit einem Aufschlag von 50 p.M. pro Stunde entschädigt werden. Im Schiedsspruch sind die Ferien von 7 bis 14 Tagen und die Bezahlung des Lohnes bei Krankheit anerkannt.

Die Meister und Gehilfen werden in den nächsten Tagen zu dem Schiedsspruch Stellung nehmen und entscheiden, ob sie ihn annehmen. Neben das Ergebnis werden wir berichten.

Zur Arbeitslage.

Der steigende Einfluß des Frühjahrs hat nicht vermocht, das trübe Bild unserer wirtschaftlichen Lage wesentlich zu verbessern. Die Unsicherheit der politischen und wirtschaftlichen Lage, die infolge der unannehbaren Friedensbedingungen auf dem Volke lastet, die von Zeit zu Zeit austretenden Putsche, in deren Folge Rohstoffmangel und Verkehrsschwierigkeiten eintreten, lassen keinen Unterbrechungsrhythmus zu, lassen das Wirtschaftsleben überhaupt nicht zur Ruhe kommen. Es fehlt daher an Aufträgen und, soweit solche vorhanden, an Kohlen und Rohstoffen.

Die Hauptindustriezweige befinden sich aus diesen Gründen in der gleichen ungünstigen Wirtschaftslage wie im Vorjahr; neben der Metallindustrie und dem Handelsgewerbe sowie der Industrie der Steine und Erden gelang es das Baumgewerbe und — in besonderem Maße — das Zellstoffgewerbe ein wenig erträgliches Bild. Am Bauernmarkt mußte vielfach die Bevölkerung aus Mangel an Rohstoffen eingesetzt werden, und es herrschte auf dem Markt trotz großerer Zuweisungen von Arbeitskräften in andern Berufszweigen eine bedrohende Arbeitslosigkeit. Das Zellstoffgewerbe leidet immer stärker unter Roh-

stoffmangel, in verschiedenen Gebieten der Zellstoffindustrie wird in kurzer Zeit mit einem vollständigen Stillstand aller Betriebe gerechnet, wenn nicht eine Besserung auf dem Rohstoffmarkt eintrete. Nach den Nachweisungen der Krankenkassen standen am 1. Juni im Vergleich mit Anfang Mai insgesamt 209 529 oder 3,3 v. H. mehr Mitglieder in Beschäftigung. In der Steigerung ist das männliche Geschlecht mit 153 194 oder 3,9 v. H. und das weibliche mit 56 335 oder 2,4 v. H. beteiligt. Auf die Bewegung des tatsächlichen Beschäftigungsstandes läßt die Zahl der Kassenmitglieder keinen genauen Rückschluß zu, da die Arbeitslosen zum Teil unter den Pflichtmitgliedern mitgezählt sind.

Die Statistik der Arbeitsnachweise läßt erkennen, daß im Berichtsmonat die Zahl der Arbeitsuchenden, bezogen auf die Zahl der offenen Stellen, beim männlichen Geschlecht nicht unwesentlich gestiegen ist. Im Mai kamen auf 100 offene Stellen bei den männlichen Personen 169 Arbeitsuchende gegen 155 im Vorjahr. Beim weiblichen Geschlecht trat keine Veränderung ein.

Nach den Berichten der Zentralauskunftsstellen der Arbeitsnachweise ist im Bergbau und in der Landwirtschaft immer noch große Nachfrage nach Arbeitskräften; in der Landwirtschaft fehlt es besonders an geübten Knechten und Mögden. Eine Beseitigung dieses Mangels durch Überführung von großstädtischen Arbeitslosen ist nicht möglich, weil diese nur in beschränktem Maße verwendungsfähig sind.

Auf dem weiblichen Arbeitsmarkt werden weiterhin in großem Umfang Arbeitskräfte für die Land- und Haushirtschaft gesucht. Dagegen ist die Zahl der arbeitsuchenden kaufmännischen und Büroarbeiterkräfte im Steigen. Der Arbeitsmarkt für kaufmännische Angestellte weist eine Erwerbslosigkeit von erheblichem Umfang auf.

Die Nahrung- und Genussmittelindustrie hat immer noch schwachen Geschäftsgang infolge des Rohstoffmangels und der Kontingentierung der Produkte. Für unsere Berufe kamen im Berichtsmonat bei den Arbeitsnachweisen, die sich mit der Vermittlung von Bäckern und Konditoren befassen, auf 100 offene Stellen 527 Arbeitsuchende gegen 702 im Vorjahr und 118 im Parallelmonat des Vorjahres. Gegenüber dem Vorjahr ist ein erheblicher Rückgang des Andrangs von Arbeitsuchenden zu verzeichnen, im Vergleich mit dem Vorjahr ist eine gewisse Steigerung vorhanden. Wie sich die Vermittlungstätigkeit und der Andrang von Arbeitsuchenden in den einzelnen Landesteilen gestaltete, ist der nachfolgenden Zusammenstellung zu entnehmen. Arbeitsuchende wurden insgesamt 16 479 gebucht, davon standen 3126 Stellen gegenüber. Besetzt wurden 2995 Stellen.

Landesgebiete	Bahl der			Auf jede offene Stelle entfielen Arbeitsuchende
	arbeits- suchenden	offenen Stellen	besetzten Stellen	
Östpreußen	103	14	7	7,3
Westpreußen	322	55	51	5,8
Berlin und Brandenburg	2089	1155	1139	1,8
Pommern	290	80	73	3,6
Polen	67	60	59	1,1
Schlesien	650	141	133	4,6
Sachsen (Provinz)	486	114	112	4,2
Schleswig-Holstein	419	160	159	2,6
Hannover	363	64	63	5,6
Westfalen	440	83	73	5,8
Hessen-Nassau	574	93	83	6,1
Rheinland	1487	140	125	10,6
Bayern	2681	142	132	18,9
Sachsen (Freistaat)	3892	343	329	11,0
Baden	553	52	50	10,1
Hessen	135	36	25	3,9
Thüringische Staaten	450	81	81	5,5
Oldenburg u. Braunschweig	350	57	53	6,1
Lübeck	40	5	3	13,3
Bremen	230	37	37	6,2
Hamburg	859	211	211	4,1

Aus der Übersicht geht hervor, daß der größte Andrang Arbeitsuchender, gemessen an der Zahl der offenen Stellen, in Bayern, im Freistaat Sachsen, in Baden und im Rheinland vorhanden war. In diesen Gebieten kamen auf jede Stelle mehr als 10 Arbeitsuchende. Die günstigsten Verhältnisse bestanden in Bremen und in Berlin. Die Berichte der Arbeitsnachweise melden im übrigen aus allen Gebieten unverändert schlechten Geschäftsgang. Im Freistaat Sachsen war eine etwas stärkere Nachfrage nach Gehilfen bemerkbar, die änderte aber an den hohen Erwerbslosenzahlen nichts. Ähnlich wird aus Schleswig-Holstein und Westfalen berichtet. In Bayern hat der besonders starke Andrang von Bäckern und Konditoren gegenüber dem Vorjahr eine bemerkenswerte Abnahme erfahren, das gleiche trifft für Baden zu. Es ist zu hoffen, daß durch den Friedensschluß bald der Rohstoffmangel beseitigt und damit den Arbeitslosen Beschäftigungsmöglichkeit geboten wird.

Hoover und die europäische Lebensmittelversorgung.

Von Dr. N. Hansen.

Herbert C. Hoover, der vielgenannte amerikanische Lebensmitteldictator und der augenblicklich führende Mann im Überseien Wirtschaftsrat der Entente, hat vor kurzem einen interessanten Bericht über die Monatsleistungen in der Versorgung der hungernden Europas mit Nahrungsmitteln veröffentlicht. Danach sind in den Monaten März und April 1919 durchschnittlich an Getreide 316 000 Metertonnen, an Fett und Fleisch 24 176, an Reis 12 000, verdünnter Milch 4100 und an allen möglichen sonstigen Nahrungsmitteln und Gegenständen des täglichen Gebrauchs etwa 20 000 Metertonnen, insgesamt 388 000 Metertonnen im Wert von circa 400 Millionen Mark in Europa zur Verteilung gelangt. Von diesen Quellen gingen in 1919 bis herauf nach den einzelnen Ländern:

	Brot- getreide	Brot- mehl	Kondens. Milch	Bier- siedenes	Ins- gesamt
Polen	358000	13900	1668	460	51700
Finnland	25400	752	50	127	26300
Ungarn	26000	2400	463	739	29900
Deutsch-Oesterreich	33000	240	759	4206	38100
Serbien	29000	5000	—	—	33900
Rumänien	26900	—	—	—	26900
Armenien	4500	—	781	—	—
Belgien	113178	9200	—	23201	145600
Deutschland	6700	748	—	—	7500
Baltische Länder	2750	—	—	—	—

Aus diesen Ziffern ergibt sich, daß vor allem Polen und noch mehr Belgien ganz besonders bevorzugt wurden. Österreich, Serbien und die Tschecho-Slowakei erhielten ungefähr die gleichen Quanten. Allerdings wurden die beiden letzteren Staaten viel ausgiebiger mit Fettzahrung und kondensierter Milch versorgt. Rumänien erhielt vorwiegend Brotgetreide, und zwar ein vierfach so großes Quantum, als es Deutschland zugeteilt wurde. Aufsallend hoch ist die Versorgungsziffer Finnlands mit 26 Millionen Kilo Nahrungsstoffen aller Art.

In erster Linie kommen natürlich die Vereinigten Staaten auch in Zukunft als Nahrungsmittellieferantenvoll in Frage. Die Aufgabe, die Hoover vor 4 Jahren übernahm, als er nach Belgien berufen wurde, um für die Versorgung der dortigen 7 Millionen starken Bevölkerung die nötige Organisation zu schaffen, war verhältnismäßig bescheiden im Vergleich zu seinen späteren Leistungen auf dem Gebiete der Nahrungsmittelbelieferung Frankreichs, Englands, Italiens und deren europäischen Verbündeten. Trotz der gänglichen Verwirrung und Desorganisation des amerikanischen Belegschaftsweises und der großen Zersplitterung der Lebensmittel im ganzen Lande hat Hoover von Jahr zu Jahr die Leistungen in der Belieferung immer mehr gesteigert. Zu Anfang des Jahres 1919 gab er sogar das Versprechen ab, während dieses Jahres 20 Millionen Tonnen Lebensmittel aus der Union nach Europa zu senden. Um dieses Quantum zusammenzubringen, ist von ihm ein großzügiger Sparsamkeitsfeldzug mit bestem Erfolg organisiert worden. Gleichzeitig wurde eine umfangreiche Propaganda für vermehrten Anbau getrieben. Nach einem Bericht des amerikanischen Landwirtschaftsministeriums sind im Jahre 1918/19 allein 49 Millionen Acres umgepflügt worden, die einen Ertrag von 765 Millionen Bushels, das heißt 80 000 Bushels mehr als in den bisherigen Rekorden, erwarten lassen.

Was Deutschland bisher an amerikanischen Lebensmitteln zugeeignet bekommen hat, ist im Vergleich zu der großen Bevölkerung, von über 66 Millionen und mit den Mengen der andern viel kleineren Länder äußerst dürftig. In Friedenszeiten war das Deutsche Reich ein äußerst wichtiges Abholzgebiet für amerikanische Nahrungsmittel aller Arten. So hatte nach der amtlichen amerikanischen Statistik die Einfuhr an Weizen allein einen Wert von 11,9 Millionen Dollar. Brotgetreide wurde für 3,7 Millionen, Mehl für 1 Million, Speck für 1 Million, Schmalz für 20 Millionen und Büchsenfleisch für 1 Million Dollar nach Deutschland exportiert. Das sind Quanten, die in Zukunft sehr steigerungsfähig sind und auf deren Absatz die Union von Monat zu Monat nicht bedacht sein müßt. Denn die großen Entente-Länder haben, je länger der Waffenstillstand gedauert hat, sich in steigendem Maße von der amerikanischen Lebensmittelbelieferung unabhängiger gemacht. Letzterhin haben die ganzen Lebensmittelbelieferungen nach Europa während des Krieges einen Wert von zirka 5 Milliarden Dollar erreicht.

In dieser gewaltigen Ziffer spiegeln sich die Leistungen Hoovers am konzentriertesten wider. Er ist eine jener unoffiziellen amerikanischen Diplomatentypen, der als Organisator und Praktiker Leistungen zugunsten der Entente erzielt hat, wie kaum ein anderer Staatsmann. Hoover ist auch heute noch in erster Linie Geschäftsmann, der mit einer glänzenden kaufmännischen Begabung das Organisationstalent des Technikers verbindet. Als er nach Belgien ging, war er in der amerikanischen Öffentlichkeit so gut wie unbekannt. Aber in den Neuhörer Fach- und Finanzkreisen genoß er bereits großes Ansehen. Ende 1890 gelang es ihm als Bergwerksingenieur, eine Gruppe von Minenunternehmen in Australien, China und Südafrika so zu reorganisierten, daß sie sich rentierten. Auf Grund dieser Erfolge erhielt er von der chinesischen Regierung den Auftrag, das Bergwerksdepartement in Nordchina zu organisieren. Sein Ruf als erfolgreicher Reorganisator und „Sanierungsrat“ von jenseit gehenden beziehungsweise vor dem Zusammenschluß stehenden Bergwerksunternehmen war bei Ausbruch des Weltkrieges besonders durch seine Erfolge im Uraltgebiet, in Nord-Burma und Neu-Südwales derartig bestätigt, daß sich selbst großer Londoner Bankhäuser in ähnlicher Weise wiederholt hinzugesellt an ihn wandten, wie es vorher New Yorker Bankhäuser in Wallstreet getan hatten. Als Präsident eines der größten amerikanischen Bergwerkskonzernen, der allein 125 000 Menschen beschäftigte, führte er nicht nur den Ausbau der Bergwerke durch, sondern er baute Hafenanlagen, Eisenbahnen, Metallwerksstätten, Fabriken für Nebenprodukte und Anlagen für die Nahrungsmittel- und Rohstoffversorgung der ganzen Werke, die große Erfahrung und ein glänzende Organisations- und Verwaltungsgabe widerstreben.

Die Lebensmittelversorgung größten Stiles hatte Hoover also bisher verhältnismäßig wenig zu tun. Seine Stärke liegt auf kaufmännisch-organisatorischem Gebiet. Von ihr hängt es jetzt ab, daß es bald gelingt, das hungernde Europa wieder zu Kräften kommen zu lassen und Lebensmittelpreise und Lohnhöhe auf ein erträgliches Maß zurückzudrücken.

Heute die Pläne Hoovers wird in leichter Zeit noch gemeldet, daß er heute die europäische Getreideversorgung abbaue will. Er hat sich am 16. Juli eingehend wie folgt geäußert: Die Fortsetzung der Getreideversorgung aller kriegsbeteiligten ausgebürgerten Länder sei langfristig auf der bisherigen Grundlage ist nicht nur physisch, sondern auch finanziell unbedeutend. Daher sind die nötigen Schritte bereits eingeleitet, um die Versorgung der einzelnen Länder durch besondere Ernährungsämter mit Hilfe von Sachverständigen wieder auf eigenen Füßen zu stellen. Nach den zurzeit vorliegenden Entschätzungen sind Rumänien,

Bulgarien, die Türkei, Groß-Serbien und Ungarn, abgesehen von geringen Unbequemlichkeiten, in der Lage, sich schon in diesem Jahre selbst zu versorgen. Die Tschecho-Slowakei, Polen und die baltischen Staaten werden nur ein geringes Defizit aufweisen. Höchstens wird es diese Ländern anfallen. Belgien, Finnland, Deutschland und Deutsch-Oesterreich sind vorwiegend industrielle Länder, die während des ganzen Jahres einen erheblichen Zufluss an Brotgetreide und sonstigen Nahrungsmitteln erfordern. Im wesentlichen können sie diese Stoffe nur gegen Industrieprodukte eintauschen. Das ist wieder eine Angelegenheit der Versorgung mit Rohstoffen und Beschäftigung der Arbeiter. Sie bedürfen zu diesem Zwecke der Hilfe der Alliierten, die ihnen Kredit geben müssen und die Sorge tragen müssen, daß die Verschiffungs- und Landtransportverhältnisse reorganisiert werden.

lich einmal Klarheit darüber zu schaffen, habe er sich in einer Einigung beschwerdefrei an das Reichsarbeitsministerium und an den Staatsminister Baudert in Berlin gewandt. Zur Frage der Beitragserhöhung wurden folgende Resolutionen angenommen: „Die am 6. Juli abgehaltene Mitgliederversammlung erhebt Protest gegen die vom Hauptvorstand vorgeschlagene Beitragserhöhung und lehnt dieselbe einstimmig ab. Sie muß dem Hauptvorstand den Vorwurf machen, bezüglich der staatlichen Arbeitslosenunterstützung nicht im Interesse der Gewerkschaft gehandelt zu haben. Pflicht derselben wäre es gewesen, mit den andern Verbänden gemeinschaftlich darauf hinzuwirken, daß der Staat die Arbeitslosenunterstützung restlos auf sich nimmt, wodurch die Gewerkschaften eine große Stärkung erfahren hätten. Sie schlägt dem Hauptvorstand vor, die erhöhte Unterstützungsrate ab 1. Juli rückgängig zu machen und beim Reichstag daran hinzuwirken, daß die staatliche Arbeitslosenunterstützung erhöht wird. Auf Grund dieser, die Kollegenschaft tief berührenden Fragen stellt die Versammlung an den Hauptvorstand den Antrag, sofort einen Verbandstag einzuberufen. Ferner sprechen die anwesenden Genossenschaftsbäcker von Jena und Kahla den Besitzern des Tarifamts ihr schärfstes Misstrauen aus und halten dieselben für nicht fähig, dieses Amt zu bekleiden, da sie die Interessen der Genossenschaftskollegen durch Zustimmung zu den ektgefaßten Entschlüssen auch nicht annähernd würdig betreut haben. Die anwesenden Genossenschaftsbäcker von Jena und Kahla fordern die Einberufung von Bezirkskonferenzen der Konsumbäcker für das ganze Reich, um zum Reichstarif Stellung nehmen zu können.“

Bäcker.

Paderborn. Schon seit Monaten wird der Kampf gegen die Bäckermeister von Seiten der Ortsverwaltung und der Bezirksleitung geführt. Zunächst galt es gegen die Zusammensetzung des Fachausschusses zu protestieren und Neuwahlen zu verlangen. Es bedurfte der Innanspruchnahme des Reichsarbeitsamtes, um hier eine Änderung zu bekommen. Dann setzte der Kampf um die Einberufung des Fachausschusses zu Sitzungen ein. Das dabei den Herren nicht recht wohl war, kann man sich denken. Wurde denselben doch erst einmal die Wahrheit gesagt wegen den bestehenden Missständen, wie Lehrlingshaltung usw. Unseren Mitgliedern in der dortigen Garnisonbäckerei wurden die größten Schwierigkeiten bereitet. Es wurde nun versucht, einen Vertrag mit der Innung abzuschließen. Darauf folgende Antwort an den Bezirksleiter:

Im Besitz Ihres Schreibens vom 18. dieses Monats bemerken wir ergebenst, daß wir grundsätzlich für die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch ein Tarifabkommen mit der Gehilfenschaft sind. Das Paderborner Bäckergewerbe steht aber in seiner Gesamtheit auf dem Standpunkt, mit einer Organisation, die den christlichen Lebensidealen fernsteht, keine Verträge abzuschließen, weil Mitglieder dieser Organisation weder zurzeit noch in Zukunft von unseren Mitgliedern beschäftigt werden. Andererseits werden wir die Organisation der christlich sein wollenden Arbeitnehmer unseres Gewerbes durchaus begünstigen und nach erfolgtem Zusammenschluß der christlichen Gehilfen sofort mit denselben Tarifverhandlungen führen.

Hochachtungsvoll

Bäcker-Innung Paderborn.
Fr. Tappenhöller, Fr. Ostermann,
Vorstand.

Also für frei organisierte deutsche Bäcker und Konditoren, die den christlichen Lebensidealen fernstehen, ist in Paderborn, dem preußischen Rom, kein Platz. So wollen es die Vertreter der „christlichen Lebensideale“. Willst du nicht mein Bruder sein, schlag ich dir den Schädel ein. Die Nachstensliebe in Reinlichkeit. Die alte Zeit scheint sich bei diesen Unternehmern noch im Gehirn aufzuhalten. Es ist ihnen vollständig gleich, wer Geld für ihre Waren gibt, ob Christ, Jud oder Heid. Wie es nun für die fernere Zeit werden wird, das liegt an den Gehilfen. Erklären Sie weiter, daß nur die Interessen der Kollegen in den Organisationen vertreten werden können und daß der Zentralverband die gegebene Organisation ist, dann werden wir die Herren der Kunst schon belehren, einen Vertrag mit uns abzuschließen. Die Kollegen der Garnisonbäckerei möchten, aber jetzt noch mehr denn je darüber wachen, daß keine Nebertretungen der Gefechte vorgenommen und recht bald der letzte Gehilfe im Verband ist. Durch Kampf zum Sieg.

Konditoren.

Herr Endres bei den Cölnern. Eine gut besuchte Versammlung des Cölnner Konditorgehilfenvereins von 1889, dessen Mitglieder fast ausnahmslos dem Zentralverband der Bäcker und Konditoren angehören, tagte am 2. Juli. Besonders interessant zu verlaufen versprach die Versammlung durch den Besuch des 2. Vorsitzenden vom Magdeburger Konditorgehilfenverein, Herrn Ch. Endres. Geleitet wurde die Versammlung vom Kollegen W. Pfeifer, der als langjähriger 1. Vorsitzender heute noch an der Spitze des Vereins steht und selbst seinerzeit mit der Gehilfenschaft dem Zentralverband beigetreten ist. Kollege Pfeifer nahm auch im Laufe der Versammlung Veranlassung, in längeren Ausführungen seine Überzeugung für die Richtigkeit des eingeschlagenen Weges darzulegen und erklärte, daß es innerhalb der Gehilfenschaften dämmere und diese sich dem Zentralverband anschlossen. Er bat Herrn Endres, das gleiche zu tun. Die Tagesordnung brachte den Punkt „Briefkasten“ in den Vordergrund, da ein Schreiben des 1. Vorsitzenden vom Casseler Konditorgehilfenverein, Kollege Keller, eingelaufen war, worin der eingeschlagene Weg zur Errichtung einer wirtschaftlichen Interessenvertretung der Konditorgehilfen als einzige richtig bestätigt wurde. Die in diesem Schreiben erwähnte Zersplitterung unter den Gehilfen, die sachlich und gebanktenreich begründet wurde, ist von solcher Wichtigkeit, daß im Interesse der Gehilfenschaft dieser Angelegenheit in der Fachpresse unbedingt Aufmerksamkeit gewidmet werden muß. Bei einer Prüfung wird ein jeder zu der Erkenntnis gelangen, daß die Lösung dieser Frage unbedingt zu einer selbständigen, unabhängigen Organisation auf Grund einer sozialistischen Weltanschauung führt. Die Ausführungen dieses Briefes und der weitere Verlauf der Debatte über Organisation, gleich-

Sterbetafel.

Leipzig. Gertrud Vogel, gestorben am 20. Juli.
Ehre ihrem Andenken!

Korrespondenz.

Cassel. In der gut besuchten Halbjahrsgeneralversammlung am 12. Juli erstattete Kollege Kaschel den Geschäftsbericht, aus dem hervorzuheben ist, daß sich die Zahlstelle in der Aufwärtsentwicklung befindet, dank der tatkräftigen Mitarbeit aller Vertrauensleute. Die Gesamteinnahme betrug M 12 453,56, die Ausgabe M 10 580,80. Als Kassenbestand am Orte verblieben M 1872,76. An die Hauptkasse wurden M 8687,20 gesandt. Der Mitgliedsstand beträgt 810. Ein Antrag der Ortsverwaltung, auf alle Beitragsklassen einen Ortszuschlag von 10 Pf zu erheben, fand einstimmige Annahme. Ein Antrag, Tassel mit den Orten Marburg, Fulda, Korbach, Witzenhausen und Hann.-Münden zum selbständigen Bezirk zu erheben und den Kollegen Kaschel als Bezirksleiter anzustellen, wurde einstimmig angenommen und dem Hauptvorstand zur Erledigung überwiesen. Der Antrag des Hauptvorstandes auf Erhöhung der Beiträge wurde von den Kollegen Kaschel und Ermsdorff eingehend begründet und um einstimmige Annahme erachtet. In der Diskussion erachteten alle Redner, gegen die Beitragserhöhung zu stimmen, traten aber dafür ein, daß für alle männlichen Mitglieder die Beitragsklassen zu M 100 und M 130 für die Zukunft zu belassen seien. Die Abstimmung ergab 147 gegen 40 für die Beitragserhöhung. Der Vorsitzende, Kollege Weinrich, bedauerte dieses Resultat, gab aber der Hoffnung Ausdruck, daß die Abstimmung im übrigen Deutschland wohl die Mehrheit für Erhöhung bringen werde.

Jena. In der Monatsversammlung am 6. Juli teilte Kollege Solbrig mit, daß der Fachausschuß immer noch nicht zusammengesessen ist, da von der Bezirksdirektion versucht wird, die Angelegenheit zu verschleppen. Um end-

zeitig die Schlagsfertigkeit, womit Kollege Dietrich vom Zentralverband Herrn Endres eingegangen ist, mögen leichter wohl zu der Einsichtnis bewegen haben, daß es im Magdeburger Organisationsteil an den richtigen Kräften mangelt. Vielleicht hat er sich dann noch an die Lösung der Frage herangewagt, warum die Tüchtigsten sich bereits dem Zentralverband zugewendet und angegeschlossen haben. Im übrigen stand die Versammlung im Zeichen des Tarifvertrages. Eine Einigung mit den Arbeitgebern haben die bisherigen Verhandlungen nicht ergeben. Die nächste Sitzung der Tarifkommission findet vor dem Sachausschuss der Stadt Köln statt. Gegen 10 Uhr schloß Kollege Pfeifer die Versammlung, nachdem er eine demnächst stattfindende Generalversammlung bekanntgemacht hatte, wo die Ergänzung des Vorstandes besichtigt ist und über den Stand der Tarifverhandlungen Bericht erichtet werden soll.

Halle a. d. S. Der Konditorgehilfenverein in Halle der, wie anerkannt werden muß, schon früher für die Interessen der Kollegenschaft, allerdings nicht in den Reihen der freien Gewerkschaften, eintrat, hatte in einer seiner letzten Versammlungen beschlossen, sich unserer Organisation anzuschließen. In einer weiteren Versammlung am 17. Juli vollzog nun ein größerer Teil der Mitglieder den Uebertritt, nachdem die Kollegen Weidler, Hamburg, und Biele, Halle, nochmals den Aufruhr und das Wirken unseres Verbandes den Kollegen vor Augen geführt hatten. Wir sind überzeugt, daß auch diejenigen, die heute mit ihrem Uebertritt noch zögern, diesen Schritt tun werden, sobald es gilt, dem bis Ende September laufenden Tarif eine neue Grundlage zu geben. Und das muß geschehen, weil die heutigen Wohn- und Arbeitsbedingungen in keiner Weise mehr den Verhältnissen entsprechen und weit unter denen der Bäcker stehen. Es wird also jedenfalls einen ziemlich harten Kampf kosten, ehe die Kollegenschaft zu einem guten Resultate kommt, und deshalb ist Einigkeit die erste Voraussetzung. Möge sich der einzelne nicht dadurch vom Anschluß an den Zentralverband abhalten lassen, daß der Vorstand des Vereins heute noch in Händen eines Kollegen liegt, der dem Magdeburger Bunde angehört; auch dieser Kollege wird sich mit der Zeit besserer Einsicht nicht verschließen können, wie er ja auch in der Versammlung bereits darauf verzichete, für seine Organisation besonders einzutreten. Vor allem aber müssen die Kollegen in Halle die lächerliche Furcht vor Maßregelungen, wie sie in der Versammlung aufgetragen waren, ablegen; die Herren Meister wagen es sicher nicht, einen Gehilfen deshalb zu entlassen, weil er seinem Verband beitrat. Diese Methoden unterläuft man heute; denn man weiß, daß man wohl oder übel können fürgem mit der früher so gehafteten Organisation doch zu jenen Vereinbarungen kommen muß.

Aus unserem Berufe.

Bäckerei.

Es geht auch ohne Nacharbeit. Die eifrigsten Beschäftiger des Unternehmergevinus könnten anfänglich unserer Bestrebungen zur dauernden Beseitigung der Nacharbeit nicht genug schreien, daß dadurch die Nichtausnutzung der Betriebsanlagen und demzufolge eine Verkürzung der Brot- und Backwaren eintreten wird. Nebenbei redeten sich Leute, die vom Beruf keine Ahnung hatten, die Jungs wund, um den Nachweis zu führen, daß dann das ganze Bäckergewerbe auf den Hund kommen wird. Sie sagten von der Notwendigkeit der Vorarbeiten und andern, um zu erreichen, daß der Gesetzgeber sich auf unsern Antrag nicht einlässt. Heute zeigt sich, daß im Handumdrehen alle die großen Hindernisse überwunden sind. Aber nicht nur das, sondern es berichtet die Unternehmerpreise über Kühlhallen, die es ermöglichen, die fertig geformten Brötchen 12 bis 15 Stunden und noch länger einer bestimmten Temperatur auszusetzen und auf diese Weise im backfertigen Zustande erhalten bleiben. Das neue Verfahren wird zweifellos eine große Umwandlung im Bäckergewerbe herauftreten und den Anhängern der Nacharbeit wird die Begründung für ihre rückständige Forderung um so schwieriger werden.

Aus der Kunsthonigindustrie.

Eine gewaltige Leistung kann die Kunsthonigindustrie während des Krieges aufweisen. Nach den Angaben des Reichsernährungsamtes betrug die Gesamtproduktion während der Kriegsjahre 4-5 Millionen Zentner. Dieses Quantum entspricht dem Margarineverbrauch der letzten Friedensjahre. Es würde auch sehr lehrreich sein, wenn wir untersuchen könnten, wie hoch sich der Reingewinn der Fabrikanten beziffert. Darüber werden wohl am besten die Kollegen, die in solchen Betrieben arbeiten, Auskunft geben können. Soviel wissen wir aber, daß die in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeitnehmer nach den gewünschten Kriegsjahren für die Unternehmer genau so beittelbar geblieben sind wie vorher.

Aus geistlichen Organisationen.

Ein Beitrag zur christlichen Agitationsmethode. Die Sache der christlichen Gewerkschaft war ziemlich oberflächlich, sonst würden sie es nicht notwendig haben, die Christlichkeit als Heilser heranzuholen. Doch sich aber die Arbeiter vor den Toren in Christo mit öligen Redensarten nicht mehr um ihre Rechte prellen lassen, das mußte auch der Kaplan Douben in Hirscheln bei Kreuzberg erleben. Dort sind die Beschäftigten in der Brotsfabrik Haase & Co., nachdem sie als Mitglieder des christlichen Verbundes von dort keine Hilfe zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage bekommen haben, zu uns übergetreten. Sofort wurden die Forderungen von uns aufgestellt und auch erreicht, daß sie der Brotsfabrik amtsaufgelöst. Hieraus begannen die Christen, wie es mir einmal ihre Art ist, in Kreuzberg zu ziehen, und zu diesem Zweck wurde der Kaplan vorgebrannt. Unsere Kollegen gingen aber nicht auf den Leim und ließen den christlichen Sekretär allein mit dem Kaplan sitzen. Sie kreiseln Kollegen! Ihr habt nun selbst empfunden, wie der christliche Verband vollständig zerstört, aber sofort Hilfe bei uns gefunden. Nur halte das Erinnerung ist und bewahrt die Einigkeit. Wenn alle Zer-

splitterungsversuche energisch zurück und weist den Christlichen mit ihren Sprechern die Tür. Die Arbeiter haben selbst die Macht, sich zu helfen und verzichten dankend auf die Geiste.

Eingegangene Bücher und Schriften.

Revolutionsbibliothek. „Arbeit, Disziplin und Ordnung“ werden die Sozialistische Sowjetrepublik retten“. Von Leo Trotski. Verlag für Gesellschaft und Erziehung. Berlin SW 68, Wilhelmstr. 9.

Demokratie oder Diktatur. Von Hans Erich Norden. „A. 2. Dylsverlag Zittau i/S.“

Scheidemann: Der Aufstieg eines deutschen Arbeiters. Von Erich Kuttner, Berlin. Verlag für Sozialwissenschaft, Lindenstr. 114.

Proletarier Deutschlands vereinigt Euch! Vortrag von Rechtsanwalt Dr. Halpert. 25 g. Centralstelle für Einigung der Sozialdemokratie, Berlin, Voltastr. 58.

Erziehung zum Sozialismus. Ein Manifest. Von Otto Rühle. Verlag für Gesellschaft und Erziehung. Berlin SW 68, Wilhelmstr. 9.

Der Weg zum Sozialismus. Von Otto Bauer. 50 g. Verlag der Freiheit, Berlin NW, Schiffbauerdamm 19.

Mitgliedert- bzw. öffentliche Versammlungen.

Sonntag, 3. August:

Dortmund: Vorm. 10 Uhr, „Zum goldenen Löwen“ Kämpfer 98. — Duisburg: Vorm. 10 Uhr bei W. Schulze, „Düsseldorfer Hof“, Königstr. 114. — Düsseldorf: Im Volkshaus, Klingerstr. 17. — Erfurt: Vorm. 9½ Uhr im Gasthof „Zum Gothaard“, Gotthardstr. 46. — Herne: Vorm. 10 Uhr bei Hinzen, Bahnhofstraße. — Limbach i. S.: 3 Uhr im „Gambinus“, Albertstraße. — Neunkirchen (Saarrevier): 3 Uhr in „Vikt.“ „Glashalle“, Hüttenbergstr. 43. — Potsdam: Vorm. 9 Uhr bei Haussmann, Kaiser-Wilhelm-Straße 38. — Zahl: 3 Uhr in „Dombergs Ansicht“.

Mittwoch, 6. August:

Braunschweig: 7½ Uhr im Volkshaus, Steinstr. 42. — Grün-Riesa (Bäcker): 6 Uhr im Volkshaus, Riesa, Goethestraße 102. — Hamm i. W.: 8 Uhr bei Witwe Woberg, Bahnhofstraße. — Meissen: 6 Uhr im Gewerkschaftshaus. — Regensburg: 7 Uhr, „Schillerlinde“, Glockengasse 31. — Wim: 6½ Uhr im Ratskeller. — Bischopau: 5½ Uhr im „Wittener Hof“.

Samstag, 9. August:

Beuthen: 7 Uhr im Restaurant Scherschin. — Cassel (Marktgemeinde): 4 Uhr bei Kaufmann, Ecke Leipziger und Sandershäuser Straße. — Delmenhorst: 7½ Uhr, „Schwarzes Ross“. — Güstrow: Bei Lenz, Domstraße 18. — Hindeburg (Mitgliederversammlung): 6 Uhr im Restaurant „Monopol“, Friedrich-Karl-Straße. — Plauen i. V.: Zur „Schillergarten“. — Reichenbach i. V.: 6 Uhr in der „Neuen Welt“.

Donnerstag, 7. August:

Hannover (Bäcker): 5½ Uhr bei Wolf, Schillerstr. 44. — Lüneburg: 7 Uhr, „Lamberg“ — Recklinghausen: 6 Uhr im „Märkischen Hof“. — Schwerin: 7½ Uhr. — Waldenburg i. Sch.: Im „Goldenen Adler“, Lüpkerstraße.

Freitag, 8. August:

Braunschweig: Im „Fürstenhof“, Stobenstraße. — Crimmitschau: 7 Uhr, Zentralherberge. — Oldenburg: 8 Uhr, bei Gramberg, Am Markt.

Sonnabend, 9. August:

Aysha: 8 Uhr, Gewerkschaftshaus „Norma“. — Bergedorf: 7½ Uhr, „Deutsches Haus“, Sachsenstr. 4. — Cassel (Bäcker und Keksfabrik): 7 Uhr, „Stadt Stockholm“, Mittelgasse. — Elversfeld: 8½ Uhr, im Volkshaus, Hombüchel 4.

Sonntag, 10. August:

Beraburg: Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Schulstraße 17. — Bremerhaven-Großmarkthalle: Vorm. 10 Uhr bei Rein, Bremerhaven. — Bremen: Vorm. 10 Uhr bei Brackmann, Eßener Straße 5. — Oberhausen i. Rhld.: 8 Uhr, „Karl Bismarck“, Ecke Kirch- und Mauerstraße. — Osnabrück: Vorm. 10 Uhr, „Osnabrücker Hof“. — Rostock: Vorm. 10 Uhr, „Philharmonie“, Doberaner Straße.

Spätestens am 2. August
ist der 32. Wochenbeitrag für 1919
(3. bis 9. August) fällig.

• Anzeigen. •

Am 20. Juli verschied unerwartet unser Mitglied
Gertrud Vogel.

Wir verlieren in der Laufzeit eingegangen eine junge, hoffnungsvolle Kollegin und werden ihrer stets ehrend gedenken. [M. 2,70] Zahlstelle Leipzig.

Wie treffen sich die Bäcker von Hannover-Linden?
Jeden Donnerstag und Sonntag
bei Fritz Wolf, Schillerstr. 2.
[M. 5]

Krankenkasse der Bäcker-Union zu Altona.

Mittwoch, den 30. Juli 1919, abends 6 Uhr:

Mitglieds-Sitzung

im Innungshaus, Altona, Hochschulstr. 14.

Tagesordnung: 1. Protokollbericht. 2. Beschlusssitzung über den Anschluß zur fassenärztlichen Vereinigung Hamburg. 3. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Albert Sab, Vorsitzender.

Verkehrslokal und Treffpunkt der Stuttgarter Kollegenschaft und Verbandsmitglieder täglich beim Kollegen Hack, „Ehlinger Hof“, Kanalstr. 7. [M. 5]

Flechten-Wunden offene Füße, Krempfaderleiden heilt sogar in verweilten Fällen mit oft überraschendem Erfolg die hautbildende, schmerz- und juckreizstillende „Vater Philipp Salbe“. Preis M. 2 und M. 3,75; erhältlich in Apotheken. Man hüte sich vor Nachahmungen und bestelle, wo nicht erhältlich, direkt bei. [M. 9]
TUTOGEN-LABORATORIUM, Szittkohmen-Rominten 303.

[M. 48]

Auchernutsch

in ganz Deutschland beliebt zum Streichen der Formen und Bleche. 1 kg M. 7,50, von 5 kg an M. 7,— exkl. Flasche.

Extralle, Essenzien und Farben

laut Spezialpreisliste. Probeflaschen von 1/4 kg M. 34,— oder 1/2 kg M. 65,— Flasch. Buttermandel, Vanille,

Apfelsinen-, Himbeer, Rum-, Butterarom.-Extrakt.

Glasur-Tabletten

1/4 Dose M. 18.—

Aroma-Tabletten

1/4 Dose M. 4,75

Vorb-Tabletten rot, grün, braun, gelb.

1/2 Dose M. 17,50, 1/4 Dose M. 4,50.

Extrakte in 1/2 Flaschen 1. 35-48. Verf. 1 in Kart. zu 50

Aeth. Oele 75 f. u. 100 Flaschen in Mandel-, Zitronen-, Kuchen- und Vanille-Geschmack.

Bacspulver

1 kg M. 4,60.

Bacspulver

in Beutelchen zum 12,- 4,- Verkauf.

1 Karton 100 Stück M. 9,—

Hirschhornsalz (amm. carb. pulv.)

beste Fleischkraft, zum billigsten Tagespreise.

Schaumspeisepulver

auch als Eispudder zu verwenden, zum billigsten Tagespreise.

Flüssige Schaummasse

zu behandeln wie Eiweiß, in 1, 5, 12½, 25 Liter-Flaschen,

1 Liter M. 4,50 exkl. Flasche.

Holzstreumehl

weiß u. brotfarbig, 1 Bentner

M. 20,— inst. Füllsatz.

Zuckerrübenmehl

1 kg M. 4,—

Rübenmischmehl I

1 " " 3,60 von 50 kg

Rübenmehl II

1 " " 3,— bedeutende Preis-

Kohlrübenmehl

1 " " 2,80 ermäßigung

Nussmehl

1 " " 1,4— Versand ab hier gegen Nachnahme.

Liebing & Co.

6. m. b. H. Leipzig-R. 5,

Kohlergartenstr. 17.

Telephon 2290.

Für flüssiges Eiweiß

empfehlen wir das behördlich genehmigte

flüssige

! Schaumweiß !

wird hergestellt unter Verwendung garantiert reinen Hühnereiweißes.

dient zur Herstellung aller Arten von Schaumweisen, Torten und Gebäcken, Wafers usw.

gibt einen festen Schnee, es ist backfähig und sofort gebräuchsfertig.

wird infolge seiner Steinheit im Geschmack und in der Herstellung überall bevorzugt.

Bertrieb durch die

Asiatische Handels-Gesellschaft

m. b. H.

Hamburg 1. Hackmannplatz 2.

Spezialhaus für

Eigelb Eiweiß

für den Bäckerei- und Konditoreibedarf.